



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Diana Stachowitz, Georg Rosenthal** und **Fraktion (SPD)**

Beitrittsgespräche zwischen EU und Türkei aussetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt und unterstützt die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. November 2016 zu den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei, in der gefordert wird, die laufenden Beitrittsverhandlungen auszusetzen.

Er verurteilt auf das Schärfste die schwerwiegenden und anhaltenden Verletzungen der grundlegenden Werte der Europäischen Union – Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit – durch die Regierung Erdoğan sowie deren repressive Maßnahmen, die seit dem gescheiterten Putsch unter Berufung auf den Ausnahmezustand ergriffen worden sind.

Er betrachtet die Türkei nach wie vor als wichtiges Partnerland und appelliert deshalb an die türkische Regierung, zu den unverzichtbaren Grundlagen der Beitrittsverhandlungen zurückzukehren.

Eine Wiedereinführung der Todesstrafe muss hingegen eine Beendigung des Beitrittsprozesses zur Folge haben.

Begründung:

Ziel einer verantwortungsvollen Politik gegenüber der Türkei muss es sein, dort den freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen der Europäischen Union wieder uneingeschränkte Geltung zu verschaffen. Sie sind für ein Beitrittsland unverzichtbar. Da die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei für beide Seiten von großer strategischer Bedeutung sind, müssen alle den Willen zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf diesem Wertefundament an den Tag legen und dies besonders auch im Dialog zum Ausdruck bringen. Eine schwerwiegende Verletzung hingegen darf nicht ohne klare Antwort der europäischen Wertegemeinschaft bleiben.